

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 3 Heller Post)



ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POCHOVA 42. TELEFON 3887. ADMINISTRATION TELEFON 33074.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Mittwoch, 12. September 1934

Nr. 213

Das Befinden Masaryks

Ein amtliches Bulletin
(Prag.) Amtlich wird gemeldet: Der Präsident der Republik wurde, wie bekannt, in der zweiten Hälfte des Monats Mai von einer Sehstörung betroffen, die — wie es damals schien — durch einen Überkamp im äußeren oberen Segment der Netzhaut des linken Auges verursacht wurde. Im weiteren Verlauf der Krankheit, die sich innerhalb von vier Wochen sehr gebessert hat, wurde ermittelt, daß die Ursache derselben funktionelle, dem hohen Alter entsprechende Veränderungen der Netzhaut, in dem erwähnten Felde der Netzhaut endigenden Arterien sind. Bis Mitte Juli hatte sich das Sehvermögen sehr gebessert. Die Orientierungsfähigkeit des Gesichtes hatte erheblich zugenommen, doch begannen sich Anzeichen Leberleiden, daß ähnliche Veränderungen, wie in der Netzhaut, auch in einigen Endverzweigungen der einen Teil der Hirnrinde der linken Hemisphäre versorgenden Arterien vor sich gehen. Die Symptome steigerten sich, bis sich schließlich der Prozeß durch beschränkte Bewegung der Finger der rechten Hand bei aufrechterhaltener Bewegungsfähigkeit der Muskulatur des rechten Armes und des Schultergelenks bemerkbar machte.

Es ist klar, daß die physiologischen Veränderungen der Hirnschlagadern nur einen ganz beschränkten Hirnrindenbezirk erfaßt haben, das ist das Zentrum für die Innervation der rechten Hand. Symptome, die für ähnliche Veränderungen in der Umgebung dieses begrenzten Bezirkes zeugten, waren zwar gegen Mitte August dreimal schwach aufgetreten, verschwanden aber wieder, da sie offenbar nur sekundäre Symptome waren. Lebensgefährliche Krankheitsveränderungen sind während der ganzen Zeit der Erkrankung nicht aufgetreten, die Fähigkeiten des Intellekts haben nicht gelitten, das gesamte körperliche Befinden und das Aussehen sind gut. Der Schlaf und der Appetit sind gut, die täglich einmal oder zweimal erfolgende Ausfahrt der Wagen in den Wald bringen die erforderliche Erfrischung.
L a n a, am 11. September 1934.
Dr. Adolf Wagner m. p.
Prof. Dr. Felner m. p.

Teure Diktaturen

(Wien.) Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, rechnet man damit, daß der Abgang im österreichischen Budget für 1934 durch das außerordentliche Anwachsen der Sicherheitsausgaben etwa 140 Millionen Schilling betragen wird. Davon ist der Betrag von 82 Millionen Schilling rechnungsgemäß aus den Mitteln gedeckt, welche der Kaiserverwaltung zur Verfügung stehen. Der Restbetrag von 58 Millionen Schilling wird voraussichtlich zunächst durch die Ausgabe kurzfristiger Staatsanleihen gedeckt werden, deren Konsolidierung und Rückzahlung in einem späteren Zeitpunkt, und voraussichtlich aber innerhalb der nächsten zwei Jahre, durchgeführt werden dürfte.

Nur private Russenkredite aus Frankreich

(Paris.) Finanzminister Germain Martin, der in Genf weilte, dem Berichterstatter des „Matin“ gegenüber mit aller Entschiedenheit die Nachricht, derzufolge Frankreich beabsichtige, Sowjetrußland eine ausländische Anleihe zu gewähren oder staatlich zu sichern. Rußland werde vorläufig in Frankreich Materiale Lieferungen erhalten, deren Zahlung durch private Gruppen sichergestellt werden soll. Bisher wurde jedoch nichts Bestimmtes vereinbart.

Die SA-Amnestie

(Berlin.) Die Ermittlungen über die Auswirkung der August-Amnestie sind für den Bezirk Groß-Berlin nunmehr im wesentlichen abgeschlossen. Nach einer Mitteilung der Justizprokuratorie Berlin, wurden in Groß-Berlin 32.077 Fälle durch Amnestie erledigt.
Es handelt sich dabei offensichtlich um eine Amnestierung vorbestrafter Nationalsozialisten, denen wegen ihrer „Verdienste um die nationale Revolution“ Strafe und Straffolgen erlassen wurden. Ein hübscher Prozentsatz der SA muß demnach freimitteln sein!

Der Dolchstoß gegen die „Volksgemeinschaft“

Hat Henlein Wortbruch begangen? — Wer hat den Nichtangriffspakt mit Spina und Zierhut unterschrieben? Ist Abg. Stenzl der Gelämmerte?

Der Streit zwischen der Heimatsfront und der Deutschen Gewerkschaften löst langsam den Schleier von dem politischen Schacher, der von den sogenannten Ständepolitikern um die Haut der Sudetendeutschen getrieben wird.
Stenzl hat in seiner jüngsten Versammlung schwere Anklagen gegen Henlein erhoben und ihn indirekt
des Wortbruches bezichtigt.
Der Führer der Deutschen Gewerkschaften berichtete, in einer Unterredung mit Henlein am 5. Oktober 1933 sei vereinbart worden, daß die Mitglieder der aufgelösten Parteien in drei Berufsstände — Bauernstand, Gewerbebestand und Arbeiterstand — gegliedert werden sollen.

Dieser Plan sei einmütig gebilligt worden.
Später erklärte Henlein, nach der Darstellung Stenzls, daß ein Mißverständnis (1) vorläge. Er wollte auf einmal die Selbstständigkeit eines Ständebundes für Handel und Gewerbe nicht anerkennen. Stenzl beruht sich aber auf eine mündliche und schriftliche Vereinbarung, daß Henlein weder unter den Bauern, noch unter den Gewerbetreibenden werden dürfe. Dieses Dokument ist auch von Minister Spina und dem Vizepräsidenten Zierhut unterschrieben worden. So weit, so gut.

Ob dieser Enthüllung wird nun Stenzl in der letzten Nummer der Henleinischen „Rundschau“ heftig angegriffen. Das Henleinblatt schreibt:
„Nach uns zugegangenen Berichten hat Herr Stenzl in Aussicht abgemalt, er sei im Besitz eines Dokuments, das, von Minister Spina und Vizepräsidenten Zierhut unterschrieben, Konrad Henlein verpflichtet, die Organisierung von Handels- und Gewerbebetriebern zu unterlassen. Kein Wort darüber, daß Konrad Henlein dieses Dokument, dessen Vorhandensein niemand bestreitet, nicht mitunterschrieben hat, daß es also für ihn gar nicht bindend sein konnte.“
Das Vorhandensein des ominösen Dreierpaktens der Ständepolitiker wird also ausgegeben. Die „Rundschau“ bestreitet nur, daß der Vertrag von Henlein persönlich unterschrieben worden sei. Nun wäre es doch sehr interessant, die betreffen-

Das Ausland soll es nicht wissen

Wie über die Wiener monarchistischen Kundgebungen berichtet wird
Die Wiener Monarchisten hatten am Sonntag einen großen Tag. Bei der Heldengedenkfeier versammelte sich so ziemlich alles, was die Rückkehr der Habsburger lieber heute als morgen sehen würde und die offiziellen Redner beizien sich, dieser Stimmung Rechnung zu tragen. In den Berichten, welche für das Ausland ausgegeben wurden, hielt man sich jedoch vorsichtig zurück. „Lidoké

Gesamte deutsche Einfuhr unter Zwangswirtschaft

(Berlin.) In einer Presskonferenz wurden den Dienstag die Grundzüge einer „Neuregelung der deutschen Außenwirtschaft“ bekannt gegeben, durch die die deutsche Einfuhr „in Übereinstimmung mit den Zahlungsmöglichkeiten gebracht“, d. h. bis auf die Rüstungsimporte schonungslos weiter gedrosselt werden soll. Es werden nunmehr sämtliche Einfuhrwaren als „überwachte“ Waren deklarieren. Zu den bestehenden elf Überwachungsstellen treten vierzehn neue, davon vier für landwirtschaftliche Produkte hinzu. Die Überwachungsstellen werden vom 24. September ab für Einfuhrgeschäfte besondere Devisenbescheinigungen

den Dunkelmannern kennen zu lernen, welche bei dieser Gelegenheit für die Heimatsfront gezeichnet haben. Die Heimatsfront erklärt doch in dem schon wiederholt erwähnten „Lagebericht Nr. 1“ vom 18. Juni d. J.:
Stellung zum Landstand. Alles Nebereinkommen gilt.
Allen Anschein nach handelt es sich um den gleichen Pakt, dessen Verbindlichkeit dem Landstand gegenüber anerkannt, der Deutschen Gewerkschaft gegenüber aber abgestritten wird.

Wer also hat neben den Herren Spina und Zierhut für die Heimatsfront unterschrieben?

Wer sind die geheimnisvollen Unbekannten, die — obwohl ihr Name gar nicht genannt wird — Verkäufe über die politische Gesinnung eines Teiles unserer deutschen Bevölkerung fertigen? Mit der Unterschrift eines Unterläufels, wie etwa des ehemaligen Marxisten Sandner, wird sich ein erfahrener Politiker, wie Herr Spina, doch kaum begnügen lassen.

Die Frage ist nun, wer von den Führern der Heimatsfront dem Führer der Deutschen Gewerkschaften das gegebene Wort gebrochen hat. Stenzl beschuldigt Henlein, daß er eine mündliche Vereinbarung nicht eingehalten und später als Mißverständnis abgetan hat. Solche Mißverständnisse sollen bei faschistischen Politikern vorkommen — siehe die zahllosen Wortbrüche der braunen Führer im Reich! Wer aber hat das der Gewerkschaften schriftlich gegebene Versprechen gebrochen?

Die Öffentlichkeit hätte ein eminentes Interesse daran, diese vertragbrüchigen politischen Sklavenhändler kennen zu lernen!

Und wie mag den deutschen Agrariern bei diesem Streik, wer der so ideal projektieren „Volksgemeinschaft“ den Dolchstoß verjagt hat, zu Mute sein? Henlein hat die mit Stenzl mündlich und durch seine Abgesandten später schriftlich fixierten Vereinbarungen als ein „Mißverständnis“ erklärt. Heute passiert das der kleinen Gewerkschaften, die zuerst dem politischen Totalitätsanspruch der Henlein-Faschisten zum Opfer fallen soll. Und morgen?

„Lidoké“ machen darauf aufmerksam, daß z. B. aus der Rede Schönburg-Spartenstein die Stelle gestrichen wurde, die eine Huldigung an die anwesenden Mitglieder des „erlauchten Hauses“, mit welchem Oesterreich auf ewig verbunden bleibt“ darstellte. Ebenso wurde die Rede des Bundespräsidenten Miklaszenski, welcher sagte, daß nur blinder Haß und politische Uninformiertheit das alte Oesterreich zerfallen hätten. Ueberraschend wurde in den Berichten auch die Tatsache, daß Miklas für die Kränze dankte, welche Jita und Otto Habsburg durch den Erzherzog Eugen überreichen ließen.

Gömbös sucht Hilfe!

Schicksalsfrage Ungarns

Die Revisionsdemagogie ist in eine undurchdringliche Sackgasse geraten. Man muß die Entwicklung dieser politischen Gaullerei näher betrachten, um das Ausmaß des Bankrotts würdigen zu können.

Begonnen wurde das Revisionsgeschrei von den sogenannten gesellschaftlichen Vereinen. Die jeweiligen Regierungen haben im Hintergrunde die Bewegung unterstützt und finanziert. Vor zwei Jahren hat dann Herr Gömbös die Revision auch zum offiziellen Regierungsprogramm erhoben. Da gab es unbegrenzte Begeisterung und himmelstürmende Hoffnungen. Alle Nachrichten über revisionsfreundliche Äußerungen der durch die Propaganda bezahlten unbekannteren Größen in England oder Frankreich wurden als offizielle Meinung der Weststaaten gefeiert. Eifrigem Machem wollten sogar mit Hilfe der jüdischen Dynastie der Lord Rothemers die Integrität des rassenreinen Ungarnlandes herstellen.

Flugzeugerfolge, Italienfreundschaft taten das Uebrige. Die politischen Säuglinge des Landes sahen schon vor ihren feuchten Augen die Wiederaufrichtung des alten Unterdrückungsapparates innerhalb der Karpathengrenzen. In die Kata Morgana einer lustspieligen und brüllenden Propaganda gehüllt, sah man nicht die realen Nachmittel der interessierten Staaten, die keine Reigung zeigen, ihre Völker wieder der Unterdrückung der ungarischen Großgrundbesitzer preiszugeben.

Nach vielen Jahren Propagandatrommelfeuer ist endlich die künstlich genährte Luftblase der Revisionsdemagogie an der harten Wirklichkeit zerplatzt. Es scheint eine Ernüchterung einzutreten. Licht flammt in der Dunkelheit auf. Man beginnt zu begreifen: der Weg des Säbels raffels führt zur Vernichtung des Ungarnstums. Die Erkenntnis reicht vorläufig allerdings nur bis zur Feststellung des Debakels der bisherigen Revisionspolitik. Der angefehene ungarische Journalist Spectator in Siebenbürgen, die junge Generation der talentierten Schriftsteller gestehen ebenso offen wie verbittert die Zwecklosigkeit der langjährigen Propagandavergeudung ein. Desgleichen die Politiker in und außerhalb des Parlaments. Sogar Graf Bethlen mußte das harte Wort von der Erfolgslosigkeit der alten, und der Notwendigkeit einer neuen Richtung der Revisionspolitik aussprechen. Auch die durch strenge Zensur unterdrückte Presse widerspiegelt die Krise der Revisionspropaganda. Außer der regierungsfremden offiziellen Presse sind alle Zeitungen zunächst gegen die Revisionsfront mit Hinderdeutschland eingestellt. Sogar der in der Regierungsliebedienerei ergrante „Pester Lloyd“ sendet seine Pfeile gegen Berlin. Und die nationale wissenschaftliche Zeitung „Magyar Szó“ wurde in den letzten Tagen von einer gefährlichen Krise heimgesucht. Der hillerfreundliche und gegen die Tschechoslowakei haff erfüllte Revisionsrommler, Abgeordneter Miklós, wurde einfach hinausgeworfen, weil er deutschlandsfreundliche Leitartikel schrieb. Miklós fand bei anderen Zeitungen keine Unterkunft. Da aber Gömbös an der deutschen Orientierung und der deutschen Revisionsfront festhält, wurden Herrn Miklós innerhalb 24 Stunden die Bewilligung der Regierung zur Gründung einer neuen Tageszeitung und aus einer bisher „unbekannten“ Quelle — Propagandaministerium in Berlin — die Geldmittel zur Verfügung gestellt. Mussolinis Presse protestiert, aber die mit Devisenschwierigkeiten kämpfende, rollende Mark wird in Ungarn dennoch dankend angenommen.

Die Regierung und die regierende Clique des rechten Flügels der Kontarrevolution bleiben also unbefehbar. Diese Gruppe: die Offizierskaste der Majore und Hauptleute der Rode, die berüchtigten Detachementchäuflinge des Jahres 1910, der Klub des Doppelkreuzes, die Herren Gömbös, Sztrambay, Nozma, Mejer, Rabini und Konsorten, sitzen an der Machtquelle. Eine Clique selbstbewußter Vertreter ihrer dem Untergang geweihten Klasse. Sie versuchen den Mittelstand und in dessen Rahmen den Mittelgrundbesitz durch eine stölpische Agrarreform zu konfiszieren. Auch gegen Habsburg und Feudalismus. Aber mit der schärfsten Gewalt des Machtapparates wenden

Die deutschbürgerliche „Einigkeitsidee“

Eine Tragikomödie

Der „Teplich-Schönauer-Angeiger“ schließt seinen sonntägigen Leitartikel über das Thema „Keine Klärung im subetendeutschen Lager“ mit folgenden Sätzen:

„Die subetendeutsche Politik bietet also das Bild eines, von den Schühengräben der Parteien kreuz und quer durchzogenen Geländes. Die Parteiführer können nicht mehr überblicken als den Grabenabschnitt ihrer Gruppe. Genlein, der vor einem Jahre auszog, die Parteien zu beiseite zu bringen, ist notgedrungen selbst Partei geworden. Von seinem ersten Versuch, den Weg der Einigkeit zu gewinnen, hat man nichts mehr gehört. Der Weg der Einigung, daß eine Partei alle anderen überwindet, also eine Art Gleichschaltung, ist für das Subetendeutschum ungangbar. Es bleibt nur die demokratische Methode der Einigung einzelner, sich nahestehender Parteien auf dem Boden eines gemeinsamen Programmes und einer gemeinsamen Aufgabe. Diese Methode wurde oft versucht, aber stets mit unzureichenden Mitteln und ohne Erfolg. Unter diesen Umständen ist die subetendeutsche Einigkeit im Lauf der Zeit eine ideale, die sich nicht verwirklichen ließ. Man steht jahrelang am Totenbett der Einigkeitsidee und klagt darüber, daß die Einigkeit nicht aufrechterhalten werden will. Es ist ein trauriger und trostloser Zustand.“

Da es die Bürgerlichen selber feststellen, wird's wohl stimmen!

Die Schiffbarmachung der March

Ein Projekt des mährisch-schlesischen Landesauschusses

In einer außerordentlichen Sitzung am 11. September hat sich der mährisch-schlesische Landesauschuss hauptsächlich mit dem Projekt eines Bewässerungs- und Schifffahrkanals im Marchtal und im Abschnitt Otrokovic-Rohatec beschäftigt.

Das Projekt würde insgesamt 8212 Hektar Wiesengrund beanspruchen. Es ist so ausgearbeitet, daß der Kanal von Schiffen mit einer Tragfähigkeit von 100 bis 150 Tonnen befahren werden könnte. Der Aufwand des Kanals Otrokovic-Rohatec ist mit 25.445.000 Kč veranschlagt, wovon 12.106.000 Kč auf Bewässerungs- und Regulierungsanlagen, 13.339.000 Kč auf die Schiffbarmachung entfallen. An der Vebelung des Betrages von 12.106.000 Kč soll das Land Mähren-Schlesien mit 25 Prozent, der Staat mit 65 Prozent und die einzelnen Interessenten mit 10 Prozent partizipieren. Die Vebelung für den Betrag von 13.339.000 Kč sollen das Ministerium für soziale Fürsorge aus der für produktive Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung stehenden Summe und die Firma Wafa vornehmen.

Der Landesauschuss beschloß prinzipiell, die Funktion des Erbauers zu übernehmen unter der Voraussetzung, daß die projektierten Bauten in einzelnen Bau-Stappen durchgeführt werden, wobei jede Etappe vorher finanziell sichergestellt sein muß. Das Projekt des Bewässerungs- und Schifffahrkanals Otrokovic-Rohatec wurde grundsätzlich genehmigt in der Voraussetzung, daß dieses Projekt auch vom Landwirtschaftsministerium genehmigt wird. Gleichzeitig ist der Landesauschuss bereit, die Funktion des Erbauers unter der Bedingung zu übernehmen, daß das Ministerium für soziale Fürsorge für diesen Bau den Betrag von 10 Kč pro Person und Tag bis zur Grenze von 2.400.000 Kč bewilligt und die Firma Wafa für diese Etappe einen gleich großen Betrag sicherstellt. Schließlich beschloß der Landesauschuss, das Projekt der Landesvertretung vorzulegen und deren Genehmigung zu erbitten.

Der Ausschuss der parlamentarischen Erhebungs- und Kontrollkommission trat Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Wera zu seiner ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Der Ausschuss befahte sich mit den Vorbereitungen für das Staatsbudget pro 1935, sodann erstatteten die einzelnen Referenten Bericht über die Angelegenheiten, die ihnen der Ausschuss vor den Ferien übertragen hatte. Es wurde über Schulfragen, über den Handel mit Kohle und Raptha, über produktive Arbeitslosenfürsorge mit Rücksicht auf die autonomen Finanzen und über die staatlichen Presseunternehmen verhandelt. Außerdem wurden eine Reihe von aus dem Publikum eingetroffenen Beschwerden erledigt. Der Ausschuss wird jetzt wiederum ständig tagen.

Keine Reaktivierung jüngerer Eisenbahner. Das Eisenbahnministerium teilt mit Bezug auf die Meldungen einiger Blätter über die angeblich beabsichtigte Verufung jüngerer pensionierter Angestellter der Staatsbahnen in den aktiven Dienst mit, daß es diese Absicht nicht hat und daß somit die in einigen Meldungen aus ungenauen Informationen gezogenen Schlüsse den Tatsachen nicht entsprechen.

Einladungstelegramm noch strittig

Mehrtägige Verhandlungen in Sicht

(Genf.) Bei Minister Dr. Benes als des Präsidenten des Völkerbundes kamen mehrere Staatsmänner und Diplomaten zusammen, um die Vorbereitungen zum Eintritt Rußlands in den Völkerbund zum Abschluß zu bringen. Außer dem britischen Außenminister Sir John Simon nahmen an der Konferenz auch der Vorsitzende der Völkerbundversammlung, der schwedische Außenminister Sandler, der französische Delegierte Massigli, der italienische Delegierte Biancheri u. a. teil. Es wurden folgende drei Fragen verhandelt:

1. Text der Einladung an Rußland;
2. Allfällige Antwort der Sowjetregierung;
3. Prozedur betreffend die russische Frage in der Völkerbundversammlung.

Über diese drei Fragen kam es zu einem neuerlichen Meinungsaustausch, wobei eine weitere Annäherung erfolgte. Schwierigkeiten bestehen jetzt nurmehr in Details der Hauptfragen, die im Prinzip bereits positiv erledigt wurden.

Savas meldet hierzu:

Es scheint, daß zur Veseitigung der Einwendungen einige formale Änderungen genügen werden. Einige Länder, die zwar im Wesen für den Eintritt Rußlands in den Völkerbund sind, wie Australien und Kanada, erheben nämlich Einwendungen. Diese Länder wollten das Telegramm nicht unterschreiben, durch das Rußland nach Genf eingeladen werden wird. Die definitive Redigierung dieser Depesche wird noch einige Tage erfordern.

Litwinow wartet nur noch auf die Einladung

Der Genfer Berichterstatter des „Intransigant“ erwartet, daß Sowjetrußland bereits am

Samstag, spätestens am Montag in den Völkerbund aufgenommen sein wird. Litwinow habe bereits Marienbad verlassen und warte die definitive Entscheidung in dem französischen Bade Ebiab. Die Sowjetdelegation sei bereits zusammengestellt und warte nur auf das Zeichen zur Abreise. In Genf seien für sie im Hotel „de la paig“ bereits Zimmer reserviert.

Der geschäftige Schuschnigg

Mittwoch eröffnet die Völkerbundversammlung die allgemeine Debatte und man erwartet mit besonderem Interesse die Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg. In den Couloirs kursierten Gerüchte, daß diese Rundgebung die Aussprache über das politische und wirtschaftliche Problem Oesterreichs eröffnen könnte. Die Stunde des Zusammentritts der Völkerbundversammlung ist noch nicht festgesetzt.

Die österreichischen Staatsmänner und Diplomaten entwickeln eine eifrige diplomatische Tätigkeit, die auf die Lösung des österreichischen Problems abzielt. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hält zahlreiche Beratungen mit dem italienischen Delegierten Baron Aloisi ab, der österreichische Finanzminister Dr. Buresch hatte eine Beratung mit dem französischen Finanzminister Germain Martin. Baron Aloisi hatte nach den Beratungen mit Bundeskanzler Dr. Schuschnigg eine Zusammenkunft mit dem französischen Außenminister Barthou, mit dem er über die mit Oesterreich zusammenhängenden Fragen beriet.

Der österreichische Außenminister Berger-Waldenegg stattete Dienstag nachmittag Minister Dr. Benes einen Besuch ab. Die beiden Staatsmänner schritten zum ersten Meinungsaustausch über die beiden Staaten interessierenden Fragen.

Ein Christlichsozialer droht uns mit dem Galgen!

„Die Kirche betet täglich um Ihre Vernichtung“

Wir erhielten dieser Tage eine in Prag gestempelte Postkarte, deren Abfender wütend ist über die auch von uns abgedruckten Enthüllungen über die deutschen Luftrüstungen und seinem christlichsozial-hilferubetendeutschen Herzen in folgender Weise Luft macht:

„Gottlob sind nur einige jüdische Schriftstücke hinüberbrannt, denn die Arbeiter glauben ja an diese Dummheiten nicht mehr. Als früherer Parteigänger habe ich unter meinen Bekannten durch Anfragen gemerkt, daß fast 95 Prozent nicht mehr Ihre verbrecherischen, deutschfeindlichen Schereien mitmachen. Auch an Sie kommt noch einmal die Reihe, aber von Ihren eigenen einstigen Anhängern werden Sie die wohlverdiente Strafe erleben, schonungslos wird Gott, der ewig Gerechte, auch Sie noch finden. Oesterreich hat es bereits als 2. Staat erlebt, die Tschechen merken es auch schon.“

Unsere Kirche betet täglich um Ihre Vernichtung zum Wohle der Christenheit. Wir haben in der christlichsozialen Parteigenauen Aufzeichnungen über Ihre Lumpen, es kommt noch die Zeit, wo wir mit Euch abrechnen, aber dann der Galgen.

Ausnahmsweise und zum Unterschied von jenen, die auf Postkarten schimpfen und verleumdern, ohne ihren Namen zu nennen, hat der Schreiber dieses Pamphletes nur auf habe Anonymität Wert gelegt. Die Rückseite der Postkarte steht nämlich, was den Text anlangt, so aus:

Wir haben es hier also mit einem frommen und gebildeten, ja gar einem geweihten Herrn, einem Vater zu tun! Vielleicht kann uns die „Deutsche Presse“ Auskunft geben, wer dieser akademisch graduierte Pfaffe ist, der uns aus sicherem Versteck, aus dem nur das schwarze Gewand vorlragt, mit dem Galgen droht. Was sagt die Kirche zu der Behauptung, daß sie täglich um unsere Vernichtung betet? Und was die christlichsoziale Partei zu den „genauen Aufzeichnungen“, zu diesen also im doppelten Sinne schwarzen Listen?

Vielleicht werden die Merkmalen schweigen, vielleicht werden sie von diesem P. Dr. abzurufen versuchen. Auf keinem Fall aber werden sie absegnen können, daß einer der zweifellos Ihren und aus Hitlerbegeisterung den Galgen wünscht. Und das ist bemerkenswert genug!

Der amerikanische Streik

(New York.) Die Lage im amerikanischen Textilstreik ist am Dienstag wieder etwas gespannter, vor allem im Hinblick auf zahlreiche neue Unruhen. In New England ereigneten sich am Montag verschiedene Zusammenstöße zwischen Streikenden, Polizei und Arbeitslosen, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden.

Auf Gerüchte (1) von bevorstehenden Unruhen wurde in Rhode-Island, Connecticut und Maine die Nationalgarde — bekanntlich eine reine Fabrikantenschutztruppe — mobilisiert. In Lancaster (Penn.) stürmte eine etwa tausendköpfige Menge eine Seidenfabrik. Außerdem wurden zahlreiche Kraftwagen umgeworfen. Zahlreiche Streikbrecher wurden durch Steinwürfe verletzt. In Kannapolis (Nord-Carolina) brach eine fliegende Streikkolonne in Stärke von ca. 1300 Mann auf 100 Kraftwagen ein, um die dort noch arbeitende große Handwebfabrik zur Schließung

zu zwingen. Die Streikenden gaben einen Angriff auf die Fabrik vorläufig jedoch auf, da sie von Polizei und etwa 300 Nationalgardisten bewacht wird. In Sayleebille auf Rhode Island wurden Streikende durch Polizei und Militär auseinandergetrieben, wobei es zur Anwendung von Tränengas, Gasbomben und Gummiknüppeln kam. Drei Demonstranten wurden verletzt und 20 Personen durch Gase betäubt. Bei dem Zusammenstoß eröffnete die Polizei das Feuer aus Schrotflinten, worauf das Militär rücksichtslos von Tränengasbomben und Gummiknüppeln Gebrauch machte.

Während der Schlichtungsausschuss sich in einer Konferenz mit Arbeitnehmern und Streikenden befindet, um eine Einigung herbeizuführen, gab die Streikleitung bekannt, sie werde in den strittigen Fragen dem Schlichtungsausschuss ein Angebot unterbreiten, wenn während der Verhandlungen die Textilfabriken geschlossen würden. Die Angebote würden aber zurückgezogen werden, wenn der Forderung nicht bis Dienstag 18 Uhr von den Fabriken stattgegeben würde.



Die Jubiläumsteiern des ATUS
im September sind auch Feiern der Partei, der freien Gewerkschaften und aller proletarischen Kulturorganisationen.
Traget alle das Festabzeichen des ATUS!

Um den Ostpakt

(London.) Die deutsche Note über den Ostpakt wurde dem britischen Außenminister Sir John Simon in Genf überreicht. Es ist wahrscheinlich, daß Simon die Anwesenheit der an der Frage des Ostpakt direkt interessierten verantwortlichen Staatsmänner in Genf dazu benützen wird, um mit ihnen halbamtlich über diese Frage zu beraten.

Frankreich nicht überrascht

(Paris.) Die ablehnende Antwort der deutschen Regierung auf die Aufforderung zum Beitritt zum Ostpakte hat in Frankreich nicht überrascht. Man erwartete, daß Deutschland nicht darauf eingehen werde, daß den gegenwärtigen Grenzen eine kollektive Sicherung gegeben werde, und daß es nach den Bedürfnissen seiner Politik frei manövrieren wolle. Die französischen Blätter bemerken, daß dieser Standpunkt Deutschlands die Regierungen, die sich wahrhaftig um den Frieden bemühen, in ihrer Bemühung um die gemeinsame Organisation des Friedens nicht aufhalten dürfe.

Antifascistisches Saar-Memorandum

(Saarbrücken.) Die antifascistische Einheitsfront sandte durch Vermittlung des Reichsausschusses an den Völkerbundrat ein Memorandum, in welchem sie die Mittel, deren sich die Nationalsozialisten zu einem illegalen Druck auf die Bevölkerung des Saargebietes bedienen, ausführlich beschreibt.

Der Patriotismus der Rüstungsindustrie

Geheimpläne ins Ausland verkauft

(New York.) Die am Montag vom Senatsausschuss fortgesetzten Verhöre über die Rüstungsindustrie brachten wieder aufsehenerregende Enthüllungen. Außer verschiedenen Bestechungsversuchen in Bolivien und Brasilien wurde festgestellt, daß der Militärattaché und der Marineattaché der Vereinigten Staaten in Rio de Janeiro im Jahre 1933 nordamerikanischen Rüstungsfirmen beim Waffenverkauf behilflich waren. Schließlich kam ans Tageslicht, daß nordamerikanische Firmen im Jahre 1933 125 Flugzeuge nach Südamerika veräußerten und daß gewisse Firmen geheime Dokumente des Kriegsministeriums der Vereinigten Staaten über die neuesten Wasserflugzeugtypen besaßen und diese bei Auslandsgeschäften verwerteten.

Terror gegen christliche Saargewerkschaften

(Saarbrücken.) Dienstag drangen 30 Personen, darunter fünf Arbeiter, die Mitglieder des von der Deutschen Front gleichgeschalteten „Syndikates der Metallarbeiter“ sind, zweimal in das Büro des Syndikats der saarländischen Metallarbeiter ein, dessen Vorsitzender Bild kürzlich wegen seiner auf dem internationalen Kongress der christlichen Gewerkschaftsorganisationen in Montreux gehaltenen Äußerungen von der deutschen Propaganda heftig angegriffen wurde. Die Polizei zerstreute die Exzessanten und verhaftete die Büros.

Auch die Danziger Katholiken verärgert

(Danzig.) Zwischen den katholischen Kreisen und dem Senat der Freien Stadt Danzig hat sich in der letzten Zeit die Spannung verschärft. Die Katholiken billigen nämlich nicht die kürzliche Verfügung des das Schulwesen verwaltenden Senats, durch die den Lehrern empfohlen wird, die alttestamentarischen Feiertage im nationalsozialistischen Geiste auszuliegen. Die Danziger Priester sandten an den Hohen Kommissar des Völkerbundes eine Beschwerde, daß einige kirchliche Organisationen für die deutsche katholische Jugend verboten wurden.

Lungenpest bel Mukden

(Mukden.) Nach einer amtlichen Meldung ist in dem Gebiet an der Eisenbahnstrecke zwischen Sipingai und Tnouas die Lungenpest ausgebrochen. Bis jetzt werden 48 Tote gemeldet.

137 Todesopfer der „Morro Castle“

Das Rätsel der Katastrophen-Ursache

(New York.) (Neuter.) Agenten der Geheimpolizei untersuchte Montag den ganzen Tag die Gerichte, wonach unter den Passagieren der „Morro Castle“ sich auch zwei Reisende befunden haben sollen, die sich auf das Schiff heimlich eingeschuggelt haben.

Während die drei ersten Offiziere der „Morro Castle“ bei ihrer Vernehmung als Zeugen die Ansicht ausdruken, daß der Brand im Kabinraum mit Hilfe von benzini getränkten Gegenständen angezündet worden sei, glaubt der Polizeichef von Havana an einen Luftunfall.

Sundheitszustand des Kapitäns hin und regte eine Untersuchung darüber an, ob nicht Sabotage von Seiten eines verärgerten Besatzungsmitgliedes vorliegt.

Von den 100 Mitgliedern des Gesangsvereins „Concordia“, die an der Bergungsgänge an Bord der „Morro Castle“ teilgenommen hatten, sind bisher 23 Tote geborgen worden.

Der Brand des Dampfers wütet in unvermindeter Stärke weiter. Die Feuerwehren wurden vom Dampfer abgerufen und die Zuschauer vom Ufer weit abgedrängt, da befürchtet wird, daß die Flammen auch die auf dem Schiffe befindlichen Schwerölvorräte erfassen werden.

Tagesneuigkeiten

Die neue Chirurgische Abteilung des Auffiger Krankenhauses

Dieser Tage wurde der Operationstrakt der Chirurgischen Abteilung des neuen Auffiger Bezirkskrankenhauses seiner Bestimmung übergeben. Der Gesamtaufwand für die Chirurgische Abteilung beträgt 25 Millionen Kč, die Fertigstellung des Operationstraktes erforderte einen Aufwand von drei Millionen Kč.

Stavisky-Betrug schon 1930

Für 22 Millionen falsche Bons in Orleans (Paris.) Außer den Hundertmillionen-Betrügereien durch Ausgabe falscher Bons der städtischen Pfandleihanstalt in Bayonne versuchte Stavisky vor dem auch einen ähnlichen Betrug in der Pfandleihanstalt von Orleans.

Militärtauto vom Zug erfasst

(Misch.) Dienstag nachmittag ereignete sich auf der Bahnlinie Risch-Jajecar-Brachowo ein schweres Unglück. Am Kilometer 15 von Risch wurde ein Militärtauto, in welchem sich eine große Anzahl von Soldaten befand, beim Passieren des Bahndammes von einem Eisenbahnzug erfasst und umgestürzt.

Eine Reise in die schöne Slowakei

Da einem organisierten Naturfreund für eine Reise in die Schweiz oder in die nordischen Staaten das Geld fehlt, entschlossen wir uns, acht an der Zahl, eine Fahrt in die große und kleine Tatra zu unternehmen, um vom touristischen und dann vom sozialen Gesichtspunkte aus nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Wandergenossen Erfahrungen zu sammeln.

Wir fuhren unter Ausnützung der 50prozentigen Fahrpreisermäßigung 638 Kilometer, meist Eiszug, um Kč 83,10 für die Person. Wenn wir nicht über Prag gefahren wären, hätten wir die Fahrt noch etwas billiger gehabt.

einige schwer. Es wurde sofort eine Hüfsaktion eingeleitet und eine Untersuchung zur Feststellung der Schuldtragenden angeordnet.

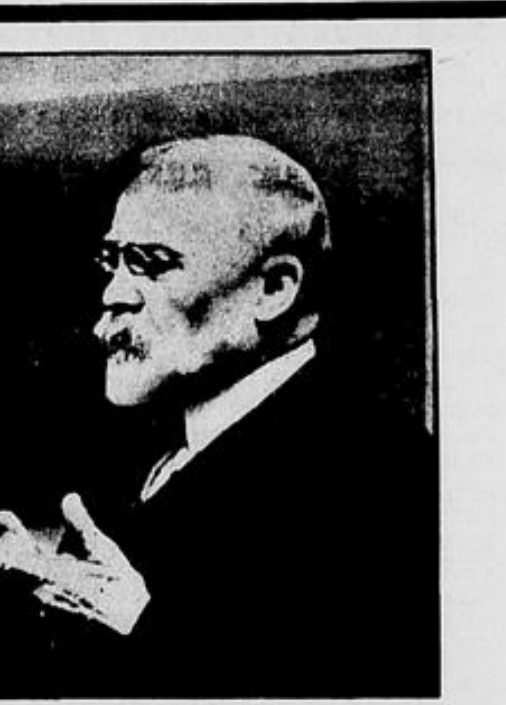
Demokratie ist Arbeit sagt Masaryk in jenem Satz, von dem die meisten nur die erste ihnen genehmere Hälfte, die Aussage, daß Demokratie Diskussion sei, zitieren.



Die beiden interessantesten Köpfe der Völkerverbundratstagung deren wichtigster Programmpunkt die Entscheidung über die Aufnahme Sowjet-Rußlands in den Völkerverbund ist: Der russische Außenminister Litwinow (links) im Gespräch mit seinem französischen Kollegen Barthou.

erziehen, daß man sich die Menschen ansehen muß, die verantwortlich für die Volksebildung zeichnen. Bis heute sind die Vertreter der Nazi und der Deutschnationalen in den Bildungsförderungskomitees tätig!

Von den staatlichen Turn- und Sportkursen. Die größten Turn- und Sportverbände besprachen am 9. September in Prag die Ausführenden, welche 1935 für ihre Fortbildung bestehen.



Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung

Glänzender Auftakt zur 25jährigen Bestandsfeier.

Sonntag, den 9. September, fanden die letzten Funktionärskonferenzen in den Bezirken des Ausstatt, in denen Vertreter des Verbandes des Vorstandes anwesend waren.

Belieferung der Vereine mit Jubiläumsgeschenken. Soweit die Vereine die Abzeichen zu Kč 1.—, noch nicht erhalten haben, werden sie in den nächsten Tagen zugestellt.

Fußballvereinen überhaupt noch kein Kurs veranstaltet wurde, obwohl der Verband alljährlich über eine halbe Million nur an Lustbarkeitssteuer abführt, die Schulbehörden zwar die Jugendarbeit droffeln, aber noch nicht gezeigt haben, wie die Arbeit nach den gesetzlichen Bestimmungen gehandhabt werden soll.

Bei den Aufräumungsarbeiten im Nelson-Schacht wurde Dienstag in der Seilbahnstrecke eine Leiche freigelegt. Es handelt sich um die Überreste des Oberbauers Jaroslav Štolobíček aus Herrlich.

Europa-Rundflug. Von den 32 Flugzeugen, die sich anfänglich an dem Europa-Rundflug beteiligten, werden heute 23 Flugzeuge von Bistra (Alger) nach Tunis starten.

Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bewölkt, in den nordöstlichen Teilen des Staates ziemlich heiter, relativ warm.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Prag: Sender 2: 10.05 Deutsche Nachrichten. 12.30 Jazzorchester-Konzert. 18.10 Deutsche Sendung: Dr. Moudja: Neue Bücher.

Die Bahngesetze legen auch die Vorschriften über die zu gewährenden Ermäßigungen verschieden aus. In Teplitz wurden uns die Fahrkarten gegen Vorweisung der Naturfreundelegitimation ohne weitere Formmalitäten ausgesetzt.

wurfsvolle Frage hören, warum die Naturfreunde mit dem tschechoslowakischen Touristenklub kein Gegenseitigkeitsabkommen geschlossen haben. Unseres Wissens hat aber dieser das Abkommen abgelehnt.

mittwohnen, so daß man auf die Gasthäuser und Touristenheime des tschechoslowakischen Touristenklubs und des Karpathenvereines angewiesen ist. Der Karpathenverein ist vorwiegend deutsch und hat eine große Anzahl bewirtschafteter und etliche unbewirtschafteter Hütten.

(Fortsetzung folgt.)

